

Saftige Dummheit

SPD-Politiker Peter Glotz über die gefährliche Osterweiterung der Nato und die Angst der Russen

Die Deutschen sind ein seltsames Volk. Vor einem Jahrzehnt protestierten Hunderttausende, als die Regierung neue Raketen aufstellen wollte. Wenn eine Staffel „Tornados“ nach Bosnien geschickt wird, erhebt sich ein gewaltiger Disput. Wenn aber die gesamte Verteidigungsstrategie umgestürzt und das Verhältnis zu Rußland empfindlich gestört wird – durch die sogenannte Osterweiterung der Nato nämlich – regt sich kein Hauch. Dann dürfen die Experten wie Volker Rühle und Karsten Voigt das Land durch eine Steter-Tropfen-höhlt-den-Stein-Strategie ebenso vorsichtig wie systematisch festlegen. Dann darf der Kanzler den Polen große, ungedeckte Schecks ausstellen. Eine Diskussion findet nicht statt.

Die Nato ist drauf und dran, eine saftige Dummheit zu begehen. In einem raschen Zug sollen keineswegs alle, wohl aber vier oder fünf mittelosteuropäische Staaten zu Vollmitgliedern gemacht werden: Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei und (viel-



Nato-Anwärter Havel, Partner Kohl: Falsches Signal

leicht) Slowenien. Das zieht eine neue, willkürliche Grenze durch Osteuropa, stärkt die großrussischen Kräfte in Moskau, gefährdet die Abrüstungsvereinbarungen mit Rußland und schwächt die Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses.

Die europäische Linke aber ist abgetaucht. Hat sie inzwischen Zbigniew



Brzezinski und Henry Kissinger als Berater engagiert? Macht sie gemeinsame Sache mit den Gingrich-Republikanern? Oder schlingert sie nur mit Bill Clinton?

Als Hauptargument für das Ausgreifen nach Osten benutzen die Außenpolitiker den Wunsch nach politischer Stabilität in „Zwischeneuropa“. Da sie langsam begreifen, daß die Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten in die Europäische Union in absehbarer Zeit kaum zu finanzieren sein wird, dient die Nato als Notstopfen.

Eine Verteidigungsstrategie, die die zusätzlichen Gebiete berücksichtigt, bietet man gar nicht erst an. Man verweist auf die politischen Unwägbarkeiten und ethnischen Konflikte in der Region, warnt vor „verwirrenden“ bilateralen Beziehungen und propagiert deshalb die „Einbindung“ Mittelosteuropas in das westliche Militärbündnis. Der handgreiflichen Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland (und der Ukraine) soll mit dem Angebot einer „besonderen Partnerschaft“ begegnet werden.

Das Ziel, Mittelosteuropa gegen militärische Angriffe abzusichern und nach Westen zu orientieren, ist rundum berechtigt. Der Nordatlantische Kooperationsrat (von 1991) und das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (1994) waren wichtige Schritte dahin. Diesen Weg kann man weitergehen; zum Beispiel durch formelle Sicherheitsverträge. Jetzt aber die Aufblähung der Nato auf die Tagesordnung zu setzen, ist eine gefährliche Fehlkalkulation.

Wer die Grenzen des westlichen Militärbündnisses nach Osten verschiebt, sagt den Russen nicht nur ins Gesicht, daß er sie immer noch als potentiellen Aggressor ansieht. Er macht auch klar: bis hierher und nicht weiter.

Vollmitglieder der Nato sind nach Artikel 5 des Washingtoner Gründungsvertrages im Falle eines Angriffs zu wechselseitigem Beistand verpflichtet. Wer Polen, Tschechen, Ungarn und Slowaken derart privilegiert, die baltischen Staaten

aber draußen läßt, gibt das falsche Signal.

Daß die Russen die Polen oder Slowaken angreifen, ist sehr unwahrscheinlich. Viel gefährdeter sind – wenn überhaupt jemand – Staaten, die viele Jahrzehnte zur Sowjetunion gehört haben und in denen erhebliche russische Minderheiten leben.

Die selektive Aufnahme der sogenannten Visegrád-Staaten in die Nato schafft nicht mehr, sondern weniger Sicherheit in Europa. Das Vorhaben könnte den „Acheson-Effekt“ provozieren. 1950 hatte der damalige amerikanische Außenminister bei der Aufzählung der Sicherheitsinteressen der USA Südkorea nicht mit eingeschlossen. Prompt marschierten die Nordkoreaner im Süden ein.

Wünschenswert wäre die Eindämmung von Irredentismus und Nationalis-

Die Ausdehnung der Nato würde die Russen neurotisieren

mus in dieser Region. Die Geschichte der Nato zeigt, daß die Allianz zwar keinen Einfluß auf Minderheitenkonflikte in ihren Mitgliedstaaten (etwa den Umgang der Türkei mit den Kurden) nehmen kann, daß die Mitgliedschaft in der Nato aber immerhin zwischenstaatliche Konflikte abmildert wie etwa zwischen Griechenland und der Türkei.

Nur müßte man, um solche Befriedungsmöglichkeiten nutzen zu können, alle potentiellen Konfliktpartner gemeinsam heimholen. Die Ungarn zu nehmen, die Rumänen mit einer zwei Millionen zählenden ungarischen Minderheit im Land aber vor der Tür zu lassen, ist absurd, weil man das Risiko eingeht, daß die Ungarn nach ihrer Aufnahme den nur im Konsens möglichen Beitritt der Rumänen blockieren.

Die Ausdehnung der Nato nach Osten würde die Russen neurotisieren. Der anpassungsfähige Außenminister Kossyrew hat sich drastisch genug ausgedrückt: „Die Erweiterung ruiniert die Partnerschaft – sie ist ein Killer.“ Boris Jelzin hat sich gerade seine Probleme von der Seele gepoltert. Die Osterweiterung der Nato wäre ein Förderprogramm für großrussische Nationalisten.

Gerade die Deutschen als nahe Nachbarn der Russen sollten sich solch eine Politik dreimal überlegen. Die Erweiterung der Nato könnte das demokratische Experiment in Rußland abwürgen – zum Schaden aller Europäer, die Osteuropäer eingeschlossen. Und sie könnte sehr rasch die Grundlage für die Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Verträge unterhöheln. Will man wirklich ris-

kieren, daß Rußland zum alten Gleichgewichtsdenken zurückkehrt?

Im übrigen würde das Bündnis einen erheblichen Zuwachs nicht verkraften. Mit zunehmender Größe wird eine nach dem Konsensprinzip entscheidende Organisation schwerfällig, wenn nicht sogar handlungsunfähig. Angeblich hat die (noch nicht erweiterte) Nato schon in Bosnien versagt. Wie wird sie die – zweifellos bevorstehenden – neuen Prüfungen bestehen? Die (frühere) KSZE hat man – gleich nach der Wende – durch die Aufnahme der neuen osteuropäischen Staaten erledigt. Inzwischen denkt man dort über „innere Kreise“ nach. Soll die Nato dem gleichen Schicksal zugeführt werden?

Die Motive für die neue Art von Ostpolitik dürften oftmals den Handelnden selbst nicht klar sein. Die alte aggressive Sehnsucht nach „Lebensraum im Osten“ ist es nicht mehr; der Osten selbst strebt ja nach Eingemeindung in die prosperitätsverheißenden Strukturen des Westens.

Bei der Linken dürfte das schlechte Gewissen bohren; man empfindet es als Schmach, die idealistischen Oppositionsgruppen Osteuropas gegen den bröckelnden Kommunismus nicht rechtzeitig genug unterstützt zu haben.

So vernebeln edle, aber nicht zu Ende gedachte Regungen die Abwägung von Interessen.

Bei der Rechten mag noch keiner offenen national-liberalen Vordenker Friedrich Naumann beschwören. Der sah in seinem Konzept für Mitteleuropa – 1915 – die Deutschen als Vormacht des Staatenkordons zwischen Rußland und Deutschland. Der Begriff „Vormacht“ ist aus der Mode gekommen; der Begriff „Geopolitik“ allerdings kommt gerade wieder in Mode.

Wie drückt man es aus, wenn man einen prekären Traum sozialverträglich formulieren will? Deutschland, sagt man dann, muß in Osteuropa besondere Verantwortung übernehmen. Das sagen die deutschen Konservativen.

Warum will ein Teil der westlichen Außenpolitiker nun die auf der Hand liegenden Gegenargumente zu jener Osterweiterung nicht hören?

Ganz einfach: Sie haben sich gebunden. Das sind die Rokokosaal-Politiker. In Rokokosälen verleihen sie Václav Havel, Lech Wałęsa und manch anderen osteuropäischen Bürgerrechtlern Friedens- und Karls-Preise; sehr zu Recht. Dabei verdrängen sie aber die widerspruchsvolle Realität der europäischen Außenpolitik nach dem Geschichtsbruch von 1989.

Realität? Die Realität ist zynisch. Menschlicher ist Dankbarkeit; die tragen sie in Versprechungen ab. Das Ergebnis ist ein Gestikulieren, das wie Idealismus aussieht. Es ist auch gut gemeint. Aber es ist Dilettantismus. □